

Inhalt:

Cicero: „Ohne Worte“ Seite 2
 Thomas Bulant: Vorrang für die Volksschule Seite 3
 Susi Wiesinger: Diebstahl.....Seite 3
 Herbert Stadler: „Hallo Dienstmann!“..... Seite 4
 Christine Sirch: „Aus der Schulküche geplaudert“.....Seite 5
 Susi Wiesinger: „Integration, was nun?“ Seite 5
 Elisabeth Tuma: Das Arbeiterheim Favoriten Seite 6
 R. Cieslar: „Alle wissen alles - keiner weiß Bescheid“Seite 7
 Karl Sirch: „Behinderung nicht banalisieren“ Seite 8

Horst-E. Pintarich:

SSR-Präsident Mag. Jürgen Czernohorszky zu Besuch bei Favoritens Leiter/innen

Auf Einladung von PSI RR Elisabeth Repolusk besuchte der neue Stadtschulratspräsident Mag. Jürgen Czernohorszky im Jänner die Schulleiterinnen und Schulleiter Favoritens.

In seinem Begrüßungsstatement hob Mag. Czernohorszky einmal mehr die Bedeutung der Arbeit der Wiener Pflichtschulen hervor und lobte das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer.

Die Schulleiterinnen und Schulleiter nutzten die Gelegenheit um die Leistungen der Favoritner Schulen zu präsentieren. Als Österreichs größter Schulbezirk mit einer sehr vielfältigen Schüler/innenpopulation steht Favoriten vor großen Herausforderungen.



Mag. Jürgen Czernohorszky folgte einer Einladung von PSI RR Elisabeth Repolusk

© E.M.Kunz

Wünsche der SchulleiterInnen des 6.IB-Favoriten

Ressourcen

Zuteilung der Ressourcen nach sozioökonomischen Gesichtspunkten. Kinder aus strukturell benachteiligten Familien benötigen mehr Unterstützung damit ihre Zukunftschancen gewahrt bleiben.

Administration

Professionalisierung der Schulverwaltung durch administrative Unterstützung in den Direktionen. SchulleiterInnen sollen wieder mehr Zeit haben ihren pädagogischen Aufgaben nachzugehen, was letztlich den Kindern zugutekommt.

Vertrauen

Autonomie ist ein häufiges Schlagwort der letzten Monate. Es wäre ein großer Vertrauensbeweis, hätten SchulleiterInnen über die ihnen zugeteilten Ressourcen gemeinsam mit ihrem Team Gestaltungsfreiheit und jeder Standort könnte die Ressourcen so nutzen, wie es den Kindern der jeweiligen Schule entgegen kommt.

Horst-E. Pintarich 15.1.2016

Diesen begegnen die Schulen mit einem breit gefächerten Angebot:

Schwerpunktschulen, Förderangebote für Flüchtlinge ebenso wie für lernbeeinträchtigte und hochbegabte Kinder, viele Kooperationen mit außerschulischen Institutionen,

Zusammenarbeit an den Nahtstellen, eine Vielzahl von Projekten im Bereich des sozialen Lernens, ...

Lesen Sie weiter auf Seite 6!



Dir. Horst-E. Pintarich begrüßt den neuen Präsidenten im Namen der Schulleiter/innen

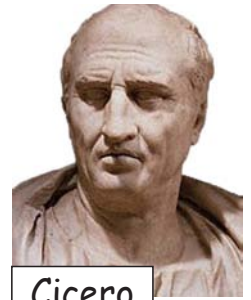
© E.M.Kunz

QUO USQUE TANDEM ...?

(Wie lange noch ...?)

Ohne Worte

Wer den Menschen Brot und Obdach gibt, muss ihnen auch Worte geben!



Cicero

Werte Leserinnen und Leser, ob quer oder Absatz für Absatz, uns allen ist bekannt: Menschen neigen zu Unfug, wenn sie unterbeschäftigt sind. Lehrkräfte und Eltern können dies aus ihrem Umfeld bestätigen.

Unterforderte Schüler werden verhaltensoriginell. Am Ende von langen Ferien vermehren sich Zerstörungen in Parkanlagen und Wandschmierereien. Die einen sagen dazu jugendliche Streiche, die anderen nennen es schlicht Vandalismus. Auch „privatisierende“ Erwachsene driften oft in Bereiche ab, die sie von der Gesellschaft entfernen.

Österreichs Asylpolitik sorgt systemisch für Unterbeschäftigung unter Flüchtlingen. Das Warten auf den Asylbescheid verordnet Flüchtlingen in Untätigkeit zu verharren.

Schulpflichtigen Kindern öffnen wir die Schultore, für deren Eltern bleiben sie geschlossen. Während die Kinder über eine für sie neue Sprache Zugang zu einer anderen Kultur erhalten sollen, verbleiben die Erwachsenen fern der Heimat in ihrer Kultur. Die Kinder sind hin- und hergerissen. Was bleibt ihnen auch anderes übrig, die Identitätsfindung in der neuen Umwelt lässt auf sich warten.

Integrationsmaßnahmen wären sofort mit dem Übertritt über unsere Grenzen zu setzen!

Wer den Menschen Brot und Obdach gibt, muss ihnen auch Worte geben! Willkommen heißen bedeu-

tet, ihnen unsere Sprache zu lehren und unsere Kultur zu erklären. Wer schon einmal eine fremde Sprache im Erwachsenenalter zu erlernen versucht hat, weiß, dass der zeitliche Aufwand dafür enorm ist. Zeit hätten sie, doch niemand aus dem staatlichen System, weiß sie mit ihnen zu nützen.

„Mama lernt Deutsch“ war in den 90-er Jahren in Favoriten ein erfolgreiches Modell, den Müttern aus Gastarbeiterfamilien über den Sprachenerwerb den Zugang zum öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Denn unsere Gesellschaft darf nicht akzeptieren, dass Männer darüber entscheiden, ob ihre Ehefrauen und Töchter in Parallelgesellschaften leben, weil ihnen die Worte fehlen.

Eine aktive Frauenpolitik muss diesen menschenrechtswidrigen Zustand beenden und erfolgreiche Bildungsmodelle wiederbeleben. Die Frau aus der türkischen Gastarbeiterfamilie hat unsere Sprache genauso wie die Asylsuchende aus Syrien zu lernen, auch wenn es den türkischen Supermarkt und den arabischen Arzt gibt.

Sprache und Kultur sind über das gelebte Beispiel erlernbar. Dialogischer Unterricht braucht daher mehr als eine Lehrkraft pro Klassenzimmer, von denen viele am Nachmittag leer stehen. Die personellen Ressourcen dafür traut sich jedoch niemand zu berechnen. **Allein das Wort Ressourcen sorgt für allergische Reaktionen in der Politik und Verwaltung.**

Dabei wäre alles so einfach. Das Erfolgsmodell Schule zeigt seit Jahrzehnten, wie Sprache und Kultur als integrierende Elemente funktionieren können. Der Integrationsminister müsste nur öffentlichkeitswirksam integrieren statt segregieren, die Frauenministerin für verpflichtenden Sprachenerwerb auf die Barrikaden steigen und der Finanzminister infolge einer Kosten-Nutzen-Rechnung die Investitionen tätigen.

Nur wer sät, kann auch ernten. Der große politische Plan dafür fehlt aber in unserem Land.

So werden die vielen tausenden Menschen in naher Zukunft das Ringen am Arbeitsmarkt verlieren, die Sozialsysteme belasten und unserer Kultur, nämlich uns, wortlos fern bleiben. Der Kommentar der Verantwortungsträger in wenigen Jahren dazu ist absehbar: **Ohne Worte.**

Wie lange noch können wir es uns leisten, die Einschätzung der aktuellen Lage rechtspopulistischen „Menschenfreunden“ zu überlassen? Wie lange noch akzeptieren wir Emotionen anstelle von vernunftbetonten Konzepten?

Wer heute von uns ohne Worte ist, dem werden sie erst recht fehlen, wenn die Schwelle zum letzten Jahrhundert wieder überschritten wird. So manches „Nie-wieder-Wort“ am Stammtisch oder in einem Wartezimmer bricht bereits unwidersprochen in unsere Stille ein. Reaktion: **Ohne Worte.**



Mein Schulsemmel

MMag. Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender der FSG PflichtschullehrerInnen



Vorrang für Volksschule – heute gültiger denn je

2012 hat die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in ganz Österreich eine Unterschriftenaktion zugunsten der Volksschule initiiert und durchgeführt.

Wir forderten konkrete Maßnahmen, um das Bildungsfundament in der österreichischen Schullandschaft zu verstärken. Die Volksschule ist bis heute die einzige existierende gemeinsame Schule in Österreich und hat die größte Heterogenität mit den wenigsten Ressourcen zu bewältigen.

In den Volksschulen gibt es in ein und derselben Klasse gewaltige Bandbreiten an Kompetenzen und Verhaltensweisen.

Im aus der Initiative resultierenden Parlamentsausschuss sagte ich damals: „Da gibt es Kinder, die die deutsche Sprache kaum beherrschen, Kinder, die zu Hause nicht gefördert werden, Kinder, denen die wichtigsten Verhaltensregeln vom Elternhaus nicht beigebracht wurden. Diese vielfältigen Defizite kann eine einzelne Lehrperson einfach nicht mehr zufriedenstellend ausgleichen.“

Es ist deshalb notwendig, endlich den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahren Rechnung zu tragen.“

Für eine „leistungsstarke Volksschule als gute Basis einer jeden Bildungskarriere“ forderte die FSG von der Bildungspolitik folgende Maßnahmen:

- Doppelbesetzung in allen Fächern der ersten und zweiten Schulstufe
- zusätzliche Stunden für Teamteaching bzw. Kleingruppenunterricht in den übrigen Schulstufen der Volksschule
- keine einzige Klasse mit mehr als 20 SchülerInnen
- zur besseren Vorbereitung auf die Volksschule zwei Pflichtjahre Kindergarten
- besondere Förderung der Ganztagesbetreuung
- Einführung der gemeinsamen Schule, um den Notendruck in der 4. Klasse zu nehmen
- Ausbau der Supportsysteme, z.B. mehr Beratungslehrer, Sozialarbeiter, Schulpsychologen
- Stundenkontingente für besonders verhaltensauffällige Kinder
- Sofortmaßnahmen für verhaltensauffällige Kinder in Akutsituationen
- beste räumliche und lehrmittelmäßige Ausstattung aller Volksschulen



Ohne zusätzliche Ressourcen ist eine Entspannung an den Volksschulen nicht möglich. Alphabetisierung und Grundbildung vieler zugewanderter bzw. geflüchteter Kinder werden die Herausforderungen an den Volksschulen weiter erhöhen.

Die Finanzminister haben dem Unterrichtsressort seit 2012 zur Umschichtung der Mittel geraten, **zusätzliche Ressourcen für die Kleinsten wurden nicht frei gegeben.**

Bund und Länder streiten seit Monaten über die neue Bildungsverwaltung und die Kompetenzverteilung. Bei den Volksschulen könnten Regierung und Landeshauptleute einmal gemeinsam Verantwortung übernehmen. In den laufenden Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich sollte der Volksschule ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden.

Ich befürchte aber, dass den Finanzpolitikern wieder einmal Kreisverkehre und die Wohnbauförderung wichtiger sein werden.

PV-Ecke von Susi Wiesinger

Diebstahl

In allen Fällen, in denen Ansprüche an die Lehrerin/ die Lehrer gestellt werden (Ersatz, Haftung, u. a. m.) sind diese abzulehnen und an den Dienstgeber zu verweisen. Kontaktnahme mit dem **Rechtsbüro der Gewerkschaft /Tel. 53 454/246**

- **SchülerInnengelder (Sammelgelder):**
Meldung beim zuständigen Polizeikommissariat und

Meldung an die Dienstbehörde:
SSRfW, Tel. 525 25
MA 56, Tel. 599 16/95 013

- **Bei Diebstahl von Spargeld (Schulsparen):**
Meldung beim zuständigen Polizeikommissariat und Meldung bei der zuständigen Sparkasse (Schulsparrferat)
- **SchülerInnengarderobe**

(Zentralgarderobe oder Ganggarderoben):

Meldung mit dem entsprechenden Formular (siehe die vom SSR elektronisch zur Verfügung gestellten Formulare) in vierfacher Ausfertigung (MA56, SSR, Polizeikommissariat und Schulleitung)

Ersatz wird nur dann geleistet, wenn keine versperrbaren Garderoben vorhanden sind.



- **LehrerInnenzimmer:**
Anzeige beim zuständigen Polizeikommissariat, Ansuchen um einmalige Geldaushilfe beim SSRfW bzw. um Rechtsschutz an GÖD



Herbert Stadler

HALLO DIENSTMANN!

oder: Wie bewältige ich Unvorhergesehenes im Unterrichtsalltag

Obwohl das Zusammenleben der Menschen bekanntermaßen sehr schwierig und daher oft mühselig zu gestalten ist, gehen wir mit unseren Begegnungen und Beziehungen zu wenig sorgfältig um. Am meisten – so scheint mir – wird die zwischenmenschliche Wertschätzung, auf die jeder/jede von uns ungeteilten Anspruch haben sollte, vernachlässigt.

Ein kleines Beispiel möge Ihnen vor Augen führen, wie viel Sorgfalt wir mitunter in anderen Lebenssituationen walten lassen:

Jeder/Jede von uns kennt wohl den legendären Filmklassiker mit Hans Moser: „Hallo Dienstmann!“, und demzufolge auch jene berührende Filmszene, in welcher dieser kleine, schwache und alte Dienstmann zu einem übergroßen, schweren Gepäckstück gerufen wird, um dieses zur Bahn zu befördern.

Auf den ersten Blick wird diesem Mann klar, dass ihn hier eine große Aufgabe erwartet und er beschließt, das zu lösende Problem sorgfältig in Angriff zu nehmen. Ja, man spürt geradezu, dass er in gewisser Weise mit diesem Gepäckstück in eine vertrauliche Form von Beziehung tritt.

Nicht nur der legendäre Satz: „Wie nehm’ man denn?“, verdeutlicht diese Strategie, sondern auch der zärtliche, fast liebevolle Blick, mit dem Größe, Gewicht und Maße abgeschätzt werden. Die Angst, voreilig zu handeln oder einer Fehleinschätzung zu unterliegen, ist permanent da und bestärkt den Dienstmann in seinem

Entschluss, sorgfältig auf dieses Gegenüber – in diesem Fall eben jenes Gepäckstück – zuzugehen.

Auch der Einwand der Reisenden, er möge doch keine Faxen machen, das Ding endlich schultern und zur Bahn bringen – das ganze Lamento



wäre doch unnötig und ein Gepäckstück nicht wert – hält ihn nicht von seiner peniblen Vorgehensweise ab. Zu groß ist die Gefahr, dass ihm das Gepäckstück im Stiegenhaus von den Schultern fallen könnte.

Kurzum: Der Dienstmann ist auf Grund seiner Erfahrung und Berufung heraus ein exakter Mensch. Er schreitet erst dann zur Tat, wenn er genau im Bilde ist, wie er eine Sache anzupacken hat.

Wenn wir nun diese kleine Filmsequenz auf uns und unser Zusammensein mit unse-

ren Schülern umlegen, dann müsste uns eigentlich klar werden: Was einem Gepäckstück gut bekommt, müsste doch im Unterrichtsalltag ebenfalls gut für jeden von uns sein. Was für ein Gepäckstück notwendig ist, müsste zweifelsohne auch für unsere Lehrer-Schüler-Beziehungen gut und notwendig sein.

Noch einmal zurück zum Dienstmann: Ohne seine langjährige Berufserfahrung hätte dieser kleingewachsene Mann dieses unhandliche Gepäckstück niemals zum Bahnhof bringen können. So aber wusste er die Vorteile der Hebelgesetze für seine Zwecke zu nutzen und vermochte auf diese Weise mehr zu leisten, als man ihm zugetraut hätte.

Dass diese Aktion auch sein Selbstwertgefühl stärkte, ist ein willkommenes „Nebeneffekt“ seines wohl kalkulierten Handelns.

Wie ergeht es nun uns im Vergleich? Oft sehen wir uns im Lebensraum Schule mit Konfliktsituationen und Themen konfrontiert, für die wir uns zu wenig ausgebildet, zu wenig sicher, zu wenig kom-

petent, zu wenig stark und vielleicht auch zu wenig beredt fühlen. Jedoch mit dem Wissen um den Vorteil des „Hebelgesetzes“ der permanenten zwischenmenschlichen Wertschätzung können auch wir im laufenden Schuljahr – nicht nur im Umgang schwierigen Schüler/innenSchülern – mehr bewegen als wir uns vom bloßen Hinsehen zutrauen würden.

Abschließend darf ich noch eine persönliche Erfahrung hinzufügen: In meinen ersten Berufsjahren schulterte ich so manche „Beziehungskiste“ sehr beherzt und tatenhungrig, musste aber häufig schon vor dem „Bahnhof“, also vor dem Ziel innehalten und absetzen.

Ich war zwar guten Willens, jedoch der andere/die andere waren zu schwer, zu belastend für mich, ja er/sie enttäuschten mich direkt und ich war – wenn ich dies zur Kenntnis nehmen musste – nicht ohne Vorwürfe an meine Schüler und Schülerinnen.

Heute weiß ich, dass ich diese Beziehung, diese Lehrer-Schüler-Begegnung, einfach zu wenig sorgfältig eingeschätzt habe.

Herbert Stadler war Sozialpädagoge im SOS-Kinderdorf, später Lehrer an der Sondererziehungsschule Biedermannsdorf und bis 2012 am SPZ Wien 11. Er arbeitete mit 13-15jährigen Schulverweigerern in eigenen Projekten.

Er war Lehrbeauftragter an den Pädagogischen Hochschulen Wien und Baden. Nach wie vor Vortragender (SCHILF) und Seminarleiter.

Autor des Buches „Verhaltensauffälligkeit und Lehrerkompetenz“ sowie zahlreicher Artikel für pädagogische Fachzeitschriften.

Lebensmotto des Autors: Man kann sich den ganzen Tag ärgern, aber man ist dazu nicht verpflichtet!

Werter Gast,

ich weiß nicht, wie es dir geht, lieber Leser – bist du aktiv und voll Tatendrang oder hast du auch den Eindruck, dass die Semesterferien schon einige Zeit zurückliegen?

.) Gleich nach den Ferien eröffneten wir eine „Neu in Wien“ Klasse -, die durch eine Volksschullehrerin, einen Studenten im 7. Semester (er absolvierte ein Auslandssemester) und den KV gut betreut werden. Aber letztendlich ist eine Gruppe aus Afghanen, Irakern und Syrern – ohne offiziellen Dolmetsch – eine Herausforderung und nur mit viel Empathie und Engagement zu stemmen! Aber ich halte die Art, die Flüchtlinge zu beschulen für richtig und erfolgversprechend!

.) In der zweiten Schulwoche kamen die Einschreibungen, die eine weitere Herausforderung darstellten. Da gab es Eltern mit folgenden Kommentaren:

- a) „Ich brauche einen Schulplatz für meinen Sohn! Er hat in der Volksschule nur drei Dreier, aber die AHS nimmt ihn nicht auf.“ ...
- b) „Können Sie mir einen Einschreibungstermin geben?“

„Die Frist ist seit zwei Wochen abgelaufen.“ „Ich habe aber darauf vergessen!“ „Auf ihr Kind oder den Termin?“ ...

- c) „Haben Sie das Erhebungsblatt mit?“ „Habe ich nie bekommen!“ „Oh ja Papa!“ „Na, dann hat es die Mama verschmissen!“
- d) „Ich habe mein Kind jetzt angemeldet, und in welcher Schule bin ich jetzt eigentlich?“

Und dann gab es noch eine Besprechung dort und eine da, zu Themen, die man verschoben hätte können, damit die DirektorInnen Zeit hätten, sich den KollegInnen, den SchülerInnen und den zur Zeit anfallenden Agenden zu widmen.

- .) Jetzt habe ich vergessen, dass man die KollegInnen mit „Neuem Dienstrecht“ nicht über die „normalen“ Listen

Christine Sirch:

Aus der Schulküche geplaudert...



verrechnen kann, sondern dass man ankreuzen, löschen, wöchentlich verrechnen, ausdrucken, auf A3 vergrößern und dann speichern und drucken muss. Das alleine ist eine Beleidigung der Arbeitskraft der DirektorInnen. Aber dass die KollegInnen noch ewig auf ihr wohlverdientes Geld warten müssen, nur weil das Ministerium nicht weiß, woher es das Geld für dieses System nimmt, ist die größere Provokation.

Liebe Politiker, Journalisten und „Fachleute“ (Betriebswirte und Unternehmensberater wie ein Herr Salcher), holt bitte die Meinung der Profis ein, die vor Ort arbeiten und darum kämpfen, Kindern zu helfen, lebensstaugliche Erwachsene zu werden!

Ich bin zwar erst seit zwei Jahren interimistische DirektorIn, aber es wundert mich nicht, wenn sich nur wenige für dieses Amt melden!

Kein weiterer Kommentar und Mahlzeit!

- .) Rindssuppe nach Großmutter's Art
- .) Deftige Speckknödel
- .) Preiswerte „Arme Ritter“

Rezepte und etwaige Rückmeldungen unter:

christine.sirch@chello.at

Integration, was nun?

Die Politik wie die veröffentlichte Meinung beschäftigen sich derzeit sehr intensiv mit der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Besonders seit den Terrorakten innerhalb wie außerhalb Europas steht dieses Thema im Mittelpunkt.

Als Lehrerin in einem Bezirk, in dem einige Schulen als sogenannte „Brennpunktschulen“ gelten, möchte ich fast ein wenig sarkastisch feststellen:

„Hättet ihr doch ein wenig früher auf uns Lehrerinnen und Lehrer gehört. Jetzt steckt der Karren ja schon sehr tief im Dreck!“

Doch Sarkasmus und Häme bieten keine Lösungen für die Zukunft unserer Jugend und somit unserer Gesellschaft.

Hier einige Anregungen von den Expertinnen und Experten, die sehr viel Kontakt zu jenen Kindern und Jugendlichen haben, die inzwischen als gewisser Unsicherheitsfaktor in unserer Gesellschaft gesehen werden.

- 1) Mehr Sozialarbeiter/innen für Brennpunktbezirke. Auch in Volksschulen und Kindergärten werden diese benötigt.
- 2) Senkung der Klassenschülerhöchstzahl beziehungsweise ständige Doppelbesetzung in der Volksschule.
- 3) Ausbau der ganztägigen Betreuung in Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Musikschulen.
Einsatz von gut ausgebildeten und besser bezahlten Freizeitpädagoginnen/pädagogen am Nachmittag.
- 4) Administrative Unterstützung der Schulleiter/innen, die sich dadurch mehr pädagogischer Arbeit widmen können. Vor allem auch mehr Zeit für Elterngespräche haben.
- 5) Bessere soziale Durchmischung der Schulen durch eine andere Wohnpolitik. Günstigere Mieten auch in „besseren Gegenden“.
- 6) Verpflichtender Ethikunterricht mit eigens dafür ausgebildeten Lehrer/innen, vor allem auf der Sekundarstufe.
- 7) Erhöhung der Kindergartenpflicht auf zwei Jahre. Ausbau der staatlichen Kindergärten und bessere Kontrolle der privaten Kindergruppen.
- 8) Stärkere Einbeziehung der Eltern; Eltern haben als Schulpartner Mitspracherecht, aber auch Pflichten.
- 9) Anreize für Lehrerinnen und Lehrer, die an Brennpunktschulen arbeiten oder in Zukunft dort arbeiten werden.
- 10) Mehr Angebote in der Aus- und Fortbildung zum Thema Integration jener Schüler/innen, die einen völlig anderen kulturellen/religiösen Hintergrund haben.

Sie meinen, die Umsetzung dieser Forderungen kostet zu viel Geld und Zeit. Sie könnten damit richtig liegen.

Aber die Grundsteine der Zukunft unseres Landes werden jetzt gelegt. Einer dieser Grundsteine sind unsere Kinder, von denen immer mehr Migrationshintergrund haben.

Susi Wiesinger



Elisabeth Tuma

Das Arbeiterheim

Ein einzigartiges und geschichtsträchtiges Bauwerk der Wiener

war ein Ereignis von wesentlicher politischer Bedeutung, das die großen Hoffnungen der Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts repräsentierte.

„Eine würdige Stätte für das arbeitende Volk“

1899 ruft der Verein Arbeiterheim Favoriten auf, mittels Spenden eine „würdige Stätte für das arbeitende Volk“ zu schaffen. Die Favoritner Arbeiter und Arbeiterinnen spenden trotz –oder eben wegen– katastrophaler Lebensbedingungen einen Teil ihres kargen Lohnes für ein Haus mit Sälen für Versammlungen, Kulturveranstaltungen, Unterrichtslokalen, einer Bibliothek, einer Gaststätte, einem Turnsaal, einem Lokal des Arbeiterkonsumvereins und 40 Arbeiterwohnungen.

Die Mithilfe Victor Adlers und Jakob Reumanns sowie ein Kredit des Besitzers der Ottakringer Brauerei, Moritz von Kuffner ermöglichen letztlich den Abschluss des Bauvorhabens, das vom aufstrebenden Otto-Wagner-Schüler Hubert Gessner – mit dem vorherrschenden Historismus brechend– im Wiener Jugendstil umgesetzt wird.

„Von den elendsten Schlupfwinkeln in unser Heim“

1902 spricht Viktor Adler bei der Eröffnungsfeier und reklamiert „das Recht auf Schönheit“ für die Arbeiter:

„So mancher, der in diesem Saale ist, wird sich noch erinnern, wie wir begonnen haben, wird sich der langen Nächte erinnern, wie wir in elendsten Schlupfwinkeln gehaust haben, wie wir verfolgt, gehetzt, verachtet, verhöhnt waren in diesem Österreich, in diesem Wien; und er wird daran denken, welcher Arbeit von Zehntausenden es bedurft hat, um dem Arbeiter in diesem Reiche und in dieser Stadt Respekt zu schaffen. Nun sind wir ein Stück weiter: Hier sind wir zu Hause. Wir haben ein Heim!“

Karl Kraus auf der Volksbühne

Kurse, Vorträge, Diskussionen, Konzerte standen im Zentrum der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Die beliebte und über Bezirksgrenzen hinaus bekannte „Favoritner Volksbühne“ brachte neben Operetten und sozialkritischen Dramen auch Kabarettprogramme (etwa mit Fritz Grünbaum, Karl Farkas und Alban Berg) zur Aufführung, wobei die Auftritte von Karl Kraus eine Sonderstellung einnahmen – und: 1912 bekam Favoriten im Arbeiterheim das erste Kino des Bezirkes.

Zäsuren durch Kriege und Faschismen

führten zu Zweckentfremdungen als Kaserne im Ersten Weltkrieg, zur Besetzung durch die Vaterländische Front im Austrofaschismus, durch Nazi-Organisationen in der NS-Zeit und schließlich als Bezirkskommandantur der sowjetischen Besatzer.

Erst am 13. August 1951 wurde der Bau in sehr schlechtem Zustand an Bezirksvorsteher Karl Wrba übergeben und wieder war es die Favoritner Arbeiterschaft, die durch „Bausteinaktionen“ und Zusatzmarken zum monatlichen Mitgliedsbeitrag zur Instandsetzung des Zentrums der Favoritner Sozialdemokratie beitrug.

Dennoch: Die Schäden an der Bausubstanz waren so schwerwiegend, dass Säle und das Kino nach und nach geschlossen werden mussten und schließlich Anfang der Achtzigerjahre Abbruchabsichten ruchbar wurden.

In der Laxenburger Straße 8-10 befindet sich das erste in Wien errichtete Arbeiterheim und es ist –nach der Zerstörung des Ottakringer Arbeiterheims durch die Austrofaschisten im Jahre 1934 und dem Abriss des Floridsdorfer Arbeiterheims 1965– das einzige erhaltene Bauwerk dieses Typus in Wien.

Die Idee und Planung des ersten Hauses der jungen Sozialdemokratie



Gruß aus dem Arbeiterheim, Favoriten, Wien

„Rettet das Arbeiterheim Favoriten“

Dagegen trat ein von der Jungen Generation Favoriten ins Leben gerufenes Personenkomitee „Ret-

SSR-Präsident Mag. Jürgen Czernohorszky zu Besuch bei Favoritens Leiter/innen *Fortsetzung von Seite 1*

alles mit dem Ziel, den Favoritner Kindern beste Zukunftschancen zu bieten.

Um dieses Angebot qualitativ anbieten zu können, übermittelten die Direktorinnen und Direktoren dem neuen Stadtschulratspräsidenten aber auch drei Wünsche (siehe Kasten). Mag. Czernohorszky nahm diese wohlwollend entgegen und versicherte, dass er darin wesentliche Eckpunkte einer zeitgemäßen Schule sehe.

Horst E. Pintarich



Mag. Jürgen Czernohorszky im Kreise der Favoritner Pflichtenlehrerinnen

Favoriten

Sozialdemokratie in Favoriten

tet das Arbeiterheim Favoriten“ auf den Plan, und die Favoritiner Bevölkerung bewies durch Unterschriften ihren Protest gegen den drohenden Abriss dieser Favoritiner Institution.

Von wesentlicher Bedeutung war dann ein Denkmalschutz-Bescheid im Jahre 1984 und ein einstimmiger Beschluss des Landesparteitages 1987, der die Verantwortung der Landespartei unterstrich.

Doch eine Sanierung ließ auf sich warten, Zusagen von Spitzenpolitikern wurden nicht erfüllt und der weitere Verfall des historischen, einst aus Arbeitergroschen entstandenen, symbolträchtigen Baujuwels ging voran.

Erst als die Favoritiner SozialdemokratInnen 1989 aus Protest gegen die nicht erfolgten Zusagen die Nichtteilnahme an der Maiveranstaltung am Rathausplatz und die Abhaltung einer eigenen Maifeier erwogen, kam Bewegung in die Rettung des Arbeiterheims.

Ein von Bezirksobmann Anton Gaal erarbeitetes Finanzierungskonzept sah die originalgetreue Wiederherstellung der Bausubstanz vor sowie die



Teilnutzung als „Trend-Hotel Favorita“. Ein Sanierungsplan, der schließlich umgesetzt wurde, führte dazu, dass das letzte Arbeiterheim Wiens erhalten werden konnte.

Heute beherbergt das Gebäude wieder die SPÖ Bezirksorganisation und seit Herbst 2015 wird das Hotel provisorisch als Wohnheim für Flüchtlinge genutzt.



Richard Cieslar - Persönliches aus dem Westen von Wien

Alle wissen alles – keiner weiß Bescheid

Vorweg: Rolf Zuckowski möge

mir verzeihen, dass ich seinen Songtitel hier in ganz anderem Zusammenhang als Überschrift verwende, doch er trifft's einfach am besten.

Es geht – worum könnte es schon anders gehen? – um die Auswirkungen des Zustroms von Zuwanderern auf unser Schulsystem. Und als Lehrer in einer Schule mit 95% Anteil an nicht-deutsch-muttersprachigen Kindern erlebe ich es täglich.

Kurz die Ausgangslage: schon vor dem im letzten Jahr einsetzenden Massenzustrom (egal, wie hoch die tatsächlichen Zahlen sind, es handelt sich um Massen) an MigrantInnen aus dem orientalischen Kulturkreis begann die Errichtung einer Parallelgesellschaft in hohem Maße.

Denn zwischen dem mitteleuropäischen und dem orientalisch-islamischen Wertekodex klaffen mittlerweile tatsächlich Welten.

Unerwähnt möchte ich dabei allerdings nicht lassen, dass ohne die hohe kulturelle Tätigkeit im Orient im Mittelalter vieles an

Wissen in der westlich-europäischen Kultur gar nicht oder nicht in diesem Maß entstanden wäre, denn das hohe Wissen der klassisch-griechischen und ägyptischen Hochkulturen wäre ohne die Archivierungs- und Verwendungstätigkeit arabischer Wissenschaftler und Philosophen wohl für immer „den Jordan hinunter“ gegangen.

Tatsächlich aber entwickelte sich durch verschiedenste Auslegung des Koran allerdings eine zum westlichen Kulturkreis sehr unterschiedliche – eben die „östliche“ – Kultur.

Mit viel Gutem, aber – zumindest aus westlicher Sicht – auch viel diskussionswürdigem Gedankengut. Ich will hier auch nicht zu werten versuchen, aber die sehr unterschiedlichen Auffassungen prägen die Probleme im Mit- und Nebeneinanderleben zweier Kulturen in Österreich mittlerweile.

Von der Sprachproblematik rede ich erst gar nicht, das habe ich schon ausführlich in vergangenen Kolumnen (nachzulesen in flz 10/15).

Nicht nur sprachlich, auch kulturell bestehen also mitt-

lerweile v.a. in Wien, aber auch in anderen größeren Ballungsräumen mit höherem Anteil an Zuwanderern aus dem islamisch-orientalischen Raum zwei Kulturen.

Die Frage ist, wie das in einem westlich orientierten Land wie Österreich funktionieren kann oder soll. **Meine persönliche Antwort darauf (leider): mit dem nicht gezeigten Integrationswillen großer Teile der „neuen“ Parallelgesellschaft NICHT.** Zum großen Teil aus sprachlichen Gründen, die ich nicht nochmals diskutieren will, aber zum auch sehr großen Teil aus Einstellungs- und Werthaltungsgründen.

Die weit verbreitete Minderstellung von Frauen und Mädchen, das weitaus höhere Aggressionspotenzial, die oft übersteigerte Selbsteinschätzung – all das kombiniert mit den „Annehmlichkeiten“ des Westens (Internet, Smartphone, Medien ...) ergibt einen hochexplosiven Cocktail, der in Schulen mit hohem MigrantInnen-Kinderanteil mit „schöner“ Regelmäßigkeit in Form von Streit, nicht selten mehr oder minder schweren Handgreif-

lichkeiten (hier spielt das Alter der Kinder natürlich auch eine Rolle) explodiert.

Und hier sind wir beim Titel dieser Kolumne angelangt:

Den für unser Bildungssystem verantwortlichen Personen (von den Ministern bis zu den leitenden Beamten) fehlt leider der Durch-, weil Einblick ins tatsächliche Schulleben.

Es würde den Damen und Herren in Entscheidungspositionen ganz gut tun, einmal nicht zwei Stunden, sondern zwei Wochen „live“ im Unterricht und Freizeitbetrieb einer „normalen“ Wiener Ganztagschule (im Sinne von hohem Anteil an orientalisch-islamischen Kindern) zu verbringen, bevor sie wieder einmal Ressourcen verringern und einsparen oder „Stunden-Kontingente“ festsetzen.

Viel wichtiger wäre, mit umfassenden Maßnahmen (v.a. personell, aber auch organisatorisch und strukturell) auf diese Herausforderungen zu reagieren. Ich werde in den nächsten Ausgaben der „flz“ natürlich versuchen, konstruktive Anregungen dazu zu liefern ...

Richard Cieslar

Inklusion:

„Wir müssen aufpassen, dass wir Behinderung nicht banalisieren.“



...von Karl Sirch

Diesen Satz sagte Bernd Ahrbeck (64). Er studierte Psychologie und Erziehungswissenschaft in Hamburg und ist seit 1994 Professor für Verhaltensgestörtenpädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Autor des Buches „Inklusion. Eine Kritik“.

In einem Interview im STANDARD vom 7. April 2015 gab er zu Fragen der Redakteurin Lisa Nimmervoll folgende Antworten zum Thema Inklusion:

„Die UN-Behindertenrechtskonvention soll dazu dienen, dass die Lebenssituation von behinderten Menschen umfassend gestärkt wird. Dazu gehören Partizipation und Teilhabe in unterschiedlichen Lebensfeldern. Auch soll die schulische und außerschulische Förderung auf möglichst hohem Niveau erfolgen.“

Der Förderaspekt darf also keinesfalls übersehen werden. **An den konkreten Zielvorstellungen und der praktischen Umsetzung scheiden sich aber die Geister, denn die sind mitunter schon sehr idealistisch und in vielen Fällen realitätsfern.**

In der österreichischen Verfassung steht, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Eine

gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder stellt ganz sicher einen hohen Wert dar.

Die Erwartungen, die sich an die Inklusion knüpfen, sind aber ganz erheblich und mitunter überzogen. Von ihr sollen alle Kinder profitieren, Hochbegabte und weniger Begabte, stark und schwach Behinderte.

Das ist nicht immer möglich: **Eine gemeinsame Beschulung darf deshalb nicht bedingungslos erfolgen, nicht unter allen Umständen und schon gar nicht auf Kosten der betroffenen Kinder. Inklusion kann ihre Ziele auch verfehlen.**

Behinderung bedeutet auch, dass etwas verändert werden soll und ein spezieller Förderbedarf besteht. Dann stellt sich die Frage, an welchem Ort sich diese Aufgabe am besten erfüllen lässt. Nicht in jedem Fall ist der inklusive Weg der beste.

Wir haben in Deutschland Sprachheilschulen oder -klassen. Wenn sprachliche Behinderungen dort in der Grundschule besser überwunden werden können als anderswo, dann sehe ich keinen Grund da-

für, diese Beschulungsform aufzulösen. Eine gemeinsame Beschulung kann auch dann schaden, wenn Schüler über die Maßen an den Rand gedrängt werden, sich permanent überfordert und unwohl fühlen.

Insgesamt ist die empirische Befundlage begrenzt. Die meisten Untersuchungen gibt es zu Schülern mit Lernbeeinträchtigungen, ohne dass sie ein einheitliches Bild ergeben. Einiges spricht dafür, dass sie sich kognitiv im inklusiven Kontext besser entfalten. Sie lernen dort mehr, weil sie mit leistungsstärkeren Kindern zusammen sind. Und das allgemeine Anregungsmilieu ist höher.

An Schulen für Lernbeeinträchtigte hingegen wird den Kindern oft zu wenig zugetraut, die Leistungsanforderungen sind geringer, als sie sein müssten. Das ist zu kritisieren. Es wurde aber auch festgestellt, dass diese Schüler in integrativen oder inklusiven Klassen häufig eine soziale Randposition einnehmen und psychisch belastet sind. Das muss man gegeneinander abwägen.

Internationale Forschungsbefunde verweisen darauf, dass etwa 0,5 bis ein Prozent aller Schüler temporär spezielle Gruppen brauchen, weil sie psychosozial schwer beeinträchtigt sind. Generell lässt

sich so etwas nicht anhand von Behinderungskategorien festlegen. Es kommt immer auf den Einzelfall an.

Der Satz „Inklusion ist unteilbar“ ist insofern richtig, als für jeden Menschen die gleiche Rechtsgrundlage gilt. **Das bedeutet aber nicht, dass auf jegliche institutionelle Differenzierung verzichtet werden muss.**

Grenzen des Gemeinsamen kann es bei schwer mehrfachbehinderten Kindern geben, die auf basale Stimulation angewiesen sind, nicht sitzen und nur unter äußersten Schwierigkeiten Kontakt zur Umwelt aufnehmen können. Da frage ich mich schon, ob es Sinn macht, sie in eine allgemeine Schule zu schicken.“

Nach dem Lesen dieses Interviews fühlte ich mich in dem einen oder anderen kritischen Standpunkt zur Euphorie über die unreflektierte Durchsetzung der Inklusionsbestrebungen bei uns und in Deutschland bestätigt.

Die Betreuung und Förderung verhaltensge-, -auf-, -ori-, -kreativer oder behinderter Kinder sollte uns allen zu wichtig sein, als darauf zu vergessen, was es für diese Kinder bedeuten kann, wenn „unerfüllbar hohe moralische Ansprüche und ein unreflektierter Aktionismus“ (Zitat Ahrbeck) bei der Umsetzung der UN-Konvention dominieren.

Inklusion kann ihre Ziele auch verfehlen



Der Hamburger Erziehungswissenschaftler Bernd Ahrbeck warnt vor einer „Dekategorisierung“ in der Inklusionsdebatte: „Wir kriegen keine neue Humanität, indem wir Dinge nicht mehr so bezeichnen, wie sie im Leben vorkommen.“